Briefe zur sozialen Einheit **_6/91, 7.6.1991_**
Forum der Bürger Innen Interessen

SPD-Parteitag: "Wir sind bereit zur Regierungsübernahme"
Es ist sicher, eine Initiative dafür findet sofort die Mehrheit der Bevölkerung

Steinkühler erinnerte an die dramatische Zuspitzung der sozialen Lage in Ostdeutschland. Metaller fordern in einer Demonstration während der Feiern zum 100. Geburtstag ihrer Gewerkschaft: "Kohl muß weg"

Immer wieder haben vor allem die ostdeutschen Delegierten des SPD-Parteitags die katastrophale Entwicklung beschrieben, Folge der Politik der Regierung Kohl.
So klagte Stolpe, Ministerpräsident von Brandenburg, die Bundesregierung heftig an: es sei ein Wunder, daß „noch nicht alles kaputt gegangen ist... wir haben finstersten Manchester-Kapitalismus mit brutalen Entlassungswellen erlebt." In Ostdeutschland seien im Herbst 89 die Menschen „nicht auf die Straße gegangen, um im Sommer 91 auf die Straße zu fliegen."
Die DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer wies daraufhin, daß es der Regierung um eine gewaltige Umverteilung „in die Kassen der westdeutschen Unternehmer" geht.
Und die Regierung verfolgt ihre zerstörerische Politik weiter. Über die Treuhand sollen bis zum Jahresende noch einmal 1,4 Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit geworfen werden.
Gleichzeitig will Bundeswirtschaftsminister Möllemann über die Subventionskürzungen z.B. im Bergbau 10 000e Arbeitsplätzen in Westdeutschland vernichten. Die Pläne der Deregulierungskommission der Bundesregierung zeigen, daß diese in Ostdeutschland ein Experimentierfeld für den Angriff auf die Schutzrechte der Arbeitnehmer sieht.
Die Gespräche in den Arbeitsgruppen zwischen der Bundesregierung und der SPD-Fraktion sind gescheitert, weil die Regierung Kohl entschlossen ist, rücksichtslos ihren Kurs weiter zu verfolgen.
Zu Recht hatte Lafontaine diese Gespräche als „Palaver" abgelehnt und betont, daß die gesellschaftliche Basis dieser Koalition, die ihr Mandat nur auf der Grundlage eines großen Wahlbetrugs errungen hat, jeden Tag mehr bröckelt.

Mit dieser Regierung Kohl ist keine Politik zur Verwirklichung der sozialen Einheit im vereinten Deutschland möglich.
Das ist eine große Herausforderung an die SPD.

Auf dem Parteitag haben Vogel u.a. die Regierungsfähigkeit der SPD wiederholt betont. Schon vorher hatten Vogel und Lafontaine von „Neuwahlen" gesprochen, mit dem Ziel, „die Regierungsverantwortung zu übernehmen" (Lafontaine).
Es darf nicht gezögert werden, bis die Regierung neue „Fakten" geschaffen hat; Fakten, die nichts anderes bringen als noch mehr Arbeitslosigkeit, neue Steuererhöhungen und Zerstörung der sozialen Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung.

Steht es in dieser Situation nicht auf der Tagesordnung, daß die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaftsvertretern über eine allgemeine Kampagne spricht, mit dem Ziel diese Regierung Kohl abzulösen?

Brauchen wir nicht sofort eine Initiative der SPD für die Regierungsübernahme:- für eine SPD-Regierung, die im Schulterschluß mit den Gewerkschaften für eine andere Politik eintritt; für eine Politik, die endlich diejenigen zur Kasse bittet, die bisher mit größten Gewinnen profitieren; nicht länger dürfen die Kosten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden.
Keinen Tag mehr darf der Regierung Kohl die Initiative überlassen bleiben.

Die arbeitende Bevölkerung hat gezeigt, daß die Kraft dafür da ist:
in den Tarifkämpfen, in den vielen Demonstrationen mit der Forderung: „Stop dem Katastrophenkurs, Kohl muß weg", und vor allem auch in den letzten Wahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg.

Carla Boulboulle´

Vom „Tschekisten" zum Beamten des Bundesgrenzschutzes

Als Vorsitzende eines Beratungsausschusses zur Aufarbeitung stalinistischer Willkür möchte ich Sie dringlichst bitten, sich mit der im folgenden geschilderten Problematik zu beschäftigen und publizistisch auseinanderzusetzen.
Mit dem im Artikel stehenden Aufruf an die Öffentlichkeit wollen wir vor allem die Opfer des alten Regimes erreichen und ermutigen: ihnen zeigen, daß sie nicht vergessen werden. Nur mit ihrer Hilfe ist es uns möglich, die alten Seilschaften bei Zoll und BGS zu zerschlagen, den Tätern ihre Vergehen und Verbrechen nachzuweisen.

PKE bedeutet in der MfS-Sprache „Paßkontrolleinheit". Die Angehörigen der PKE standen in SED-Zeiten an allen Grenzen der damaligen DDR in den Uniformen der Grenztruppen der NVA. In Wirklichkeit waren sie aber Hauptamtliche Mitarbeiter der Abteilung 6 des MfS. In enger Zusammenarbeit mit dem Zoll, den Grenzabschnittsposten (GAP) und der Polizei wurde die politische Verfolgung im Auftrag der Partei bis zur letzten Konsequenz verwirklicht. Der berüchtigte Paragraph 213 (Republikflucht) wurde vielen unbescholtenen, aber freiheitlich denkenden Menschen zum Verhängnis. Sie wurden an der Grenze schikaniert, durchsucht, verhört, mißhandelt, gedemütigt, ihrer Freiheit beraubt, die Kinder von ihren Eltern getrennt oder man hinderte sie an der Ausreise, um sie durch das MfS weiter zu beobachten. Dies traf vor allem für die Grenzübergangsstellen zur CSfR zu, den einzig offenen. Im Frühjahr 1990 befaßte sich in den Landkreisen Oelsnitz und Plauen ein Grenzkommando Chemnitz. Die Grenzübergangsstellen Schönberg, Gutenfürst, Oberwiesenthal und Reitzenhain waren das Ziel der Untersuchungen. Durch sich widersprechende Aussagen des damaligen Kommandeurs, Oberst Pöhlmann, vor dem Runden Tisch in Oelsnitz wurden wir darauf aufmerksam, das komplette PK-Einheiten in die Grenztruppen übernommen werden sollten, ohne Einschränkung in ihrem Dienstgrad und ihrer Befehlsgewalt. Eine Abfindung ihres früheren Arbeitgebers, dem MfS, hatten sie schon auf ihrem Konto. Die Angehörigen der regulären Grenztruppen sollten als Befehlsempfänger fungieren. So bildete sich dort eine Opposition aus, mit deren Hilfe und unter dem Druck der Öffentlichkeit der Untersuchungsausschuß verhindern konnte, daß die Übernahme der PKE zu diesen Bedingungen erfolgte.
Am Grenzübergang Schönberg wurde, wie bei den anderen 3 Übergängen auch, mit allen PKE-Angehörigen gesprochen und folgende 4 Aspekte verbindlich festgelegt:

1. keine Befehlsgewalt
2. kein Zugang zu Waffen
3. Einstellung in niederen Dienstgraden
4. Einstellung bei den Grenztruppen befristet auf ein Jahr, danach erneute Überprüfung.

Fortsetzung auf Seite 6

„Konzentration aller Kräfte auf den Erhalt der gewerblichen Arbeitsplätze in Düsseldorf“

Eines der zentralen Probleme der Länder der ehemaligen DDR ist die Zerstörung der Produktion, die eine dramatische Massenarbeitslosigkeit mit sich bringt. Daß dies ein Problem nicht allein der neuen Länder ist, verdeutlicht der DGB-Kreis Düsseldorf in einem Forderungspapier „Wirtschaftspolitik in Düsseldorf“.

"Mit Blick auf den tiefgreifenden Strukturwandel der Düsseldorfer Wirtschaft warnt der DGB seit Jahren vor einer zunehmenden einseitigen Entwicklung der Wirtschaftsstruktur. Diese Entwicklung, gekennzeichnet durch den rapiden Abbau von Arbeitsplätzen im gewerblichen Bereich und einer Verlagerung in den nicht-produzierenden Sektor, verläuft politisch unkontroliert."

Deshalb fordert der DGB:
„ Die Förderung der Unternehmensinvestitionen ist streng an die Bedingung zu knüpfen, daß qualitativ möglichst hochwertige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die tarifvertraglichen Bedingungen unterworfen sind, geschaffen oder erhalten werden. Eine besondere Förderung von Frauenarbeitsplätzen ist vorzusehen. (...)Das bedeutet in erster Linie die Konzentration aller Kräfte auf den Erhalt der gewerblichen Arbeitsplätze in Düsseldorf."

Entscheidend ist die Forderung, Investitionen an die Bedingung einer kontrollierten Schaffung von Arbeitsplätzen zu knüpfen.

Politisch, aber ebenso aus gewerkschaftlicher Sicht problematisch ist die Konsequenz, die der DGB Düsseldorf zieht, um seine Forderung zu realisieren: Im Rahmen eines „Runden Tisches" sollen „die Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Gewerkschaften stärker in einen sozialen Verantwortungszusammenhang" eingebunden werden. D.h.: Die, die in den vergangenen Jahren Tausende von Arbeitsplätzen in Düsseldorfer Stahl-, Metall- und sonstigen Industriebereichen zerstört haben, sollen „stärker verpflichtet werden, regionale Arbeitslosigkeit zu vermeiden und sich am Abbau regionaler Arbeitslosigkeit aktiv beteiligen" (DGB-Papier),

Die daraus resultierende Gefahr zeigt die Geschichte aller „Runden Tische": Die Unternehmer werden nichts unversucht lassen, die Gewerkschaften in ihre Politik der Umstrukturierung einzubeziehen. Damit droht eine Entwicklung, in der die Gewerkschaften qua Vereinbarungen des „Runden Tisches" zur Legitimation eines weiteren Arbeitsplatzabbaus herangezogen werden. Oder die Runden Tische" werden sich für die Unternehmer als überflüssig erweisen.
Für die Arbeitnehmer kann, das ist lange Erfahrung politischer und gewerkschaftlicher Arbeit, es nur darum gehen, mit ihrer unabhängig organisierten Kraft für ihre Interessen gegen das Diktat der Unternehmer zu kämpfen.

Die Düsseldorfer Unternehmer haben seit Vorlage des DGB-Papiers eifrig weitere hunderte von Arbeitsplätzen abgebaut. Entscheidend ist aber auch, daß sich die Unternehmer dabei direkt auf eine Politik der Stadtverwaltung stützen können, die die Stadt im Vorfeld des EG-Binnenmarktes „fit für Europa" machen will. Sie betreibt eine „Umstrukturierungspolitik", z.T. am Rat vorbei, bei der die gewerblichen Arbeitsplätze und nicht zuletzt die Ausbildungsplätze dieser Sektoren auf der Strecke bleiben. Damit gehen Stadtverwaltung und Unternehmer sowohl gegen die Interessen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften vor, wie auch gegen die Lebensinteressen der Bevölkerung in den Stadtteilen. Denn diese Umstrukturierung infolge der Luxusmodernisierung der Wohnungen im Umfeld der Büros wird nicht nur mit Arbeitslosigkeit, sondern auch mit drastisch steigenden Mieten zu bezahlen sein.

Insofern ist es wichtig, wenn der DGB Düsseldorf die Aufgaben der Kommune definiert: „Die Kommune darf sich nicht einseitig auf die Schaffung optimaler Ansiedlungs- und Entwicklungsbedingungen für die Unternehmen konzentrieren. Sie muß gleichzeitig für gute Wohnbedingungen, qualitativ hochstehende Verkehrsverbindungen, breitgefächerte Bildungsmöglichkeiten und ein entsprechendes kulturelles Angebot sorgen. Soziale Dienste müssen in umfassender Weise bereitgestellt werden."

Daraus resultiert: „Privatwirtschaftliche Neukonstruktionen der Wirtschaftsförderung werden vom DGB abgelehnt, weil sie nicht geeignet sind, den Aspekt der Beschäftigungsförderung in hinreichendem Maße abzusichern."

Einer Politik der Privatisierung, vor allem in so sensiblen Bereichen wie der Abfallentsorgung, muß eine Absage erteilt werden. Flankierend werden vom DGB weitere Vorschläge und Forderungen eingebracht, im Umweltbereich (Schaffung von Arbeitsplätzen), im (Weiter)Bildungssektor (nicht allein zur beruflichen, sondern auch zur Allgemeinbildung) und im Verkehrsbereich (Vorrang von ÖPNV, Vorrang von Schiene vor Straße).

Es ist eine entscheidende politische Aufgabe, die Verteidigung von gewerblichen Arbeitsplätzen im produzierenden Sektor in Ost und West, als gemeinsame Aufgabe von Beschäftigten und den Gewerkschaften des DGB, aber auch der SPD, gegen die Politik der Zerstörung der Produktion, wie sie derzeit im Osten mit aller Brutalität vorangetrieben werden soll, zu richten.

Diesem Gedanken verpflichtet war ein einstimmiger Beschluß des Unterbezirks-Ausschusses der Düsseldorfer SPD, der fordert, daß das Arsenal des Rüstungskonzerns Rheinmetall, der seine gesamte Produktion aus Düsseldorf verlagert bzw. einstellt, wieder für industrielle gewerbliche Nutzung und keinesfalls für Bürotürme zur Verfügung gestellt wird. *H.W.S.*

Was bringen die Beschäftigungsgesellschaften?

Inzwischen sind fast alle dafür, Arbeitgeber, Regierung und Staat: Beschäftigungs-, Qualifizierungs-, Aufbaugesellschaften - der Namen gibt es viele - sollen den Einbruch in die Arbeitslosigkeit mildern. Und dafür gibt es allen Grund. Aber sind so die Probleme tatsächlich zu lösen?

Im Juli läuft die Warteschleife im Öffentlichen Dienst aus, im Juni die verschiedenen Kündigungsschutzabkommen und im Dezember die Kurzarbeiterregelung. Die Zahl der Erwerbstätigen wird um 3,5 Millionen unter der von 1989 liegen. [1] Die Zahlen über die Arbeitslosigkeit werden allerdings „bereinigt".
So prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft für 1991/1992 folgende Zahlen:[2]

Verluste durch	
Abwanderung:	150.000 bis 300.000
durch Pendler	300.000 bis 500.000

[1] Wochenbericht des DIW 18/19/91, S.240
[2] Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Nr. 18/91

im vorzeitigen	
Ruhestand sind	300.000 bis 400.000
in Umschulung	175.000 bis 250.000
ABM	250.000 bis 350.000

Die Zahl der Erwerbstätigen wird von über 9 Millionen auf 6,5 bis 4,8 Millionen absinken. D.h., arbeitslos werden zwischen 1.400.000 und 2.430.000 sein. Die Arbeitslosenquote liegt bei 12,7 bis 27,8 %. Die Hans-Böckler-Stiftung prognostiziert einen Beschäftigungsabbau bis April 1991 von über 3,1 Millionen.[1]

Die Ursachen sind schnell festgemacht. Im Dezember 1990 nahm die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 53,3% ab.[2]

Als eine Antwort auf diese Entwicklung werden nun die Beschäftigungs- bzw. Auffanggesellschaften angepriesen. Als in den 80ziger Jahren der Arbeitsplatzabbau in der Metall- und Stahlindustrie in den alten Bundesländern und insbesondere in NRW sehr hoch war, kam diese Idee bei der IG Metall auf. Ausgangspunkt der Überlegungen war, daß die Unternehmen nur am Gewinn orientiert sind, während dem Staat und den Gewerkschaften der Abbau der Massenarbeitslosigkeit als Aufgabe zufällt. Über Beschäftigungsgesellschaften sollten die bestehenden Arbeitsverhältnisse und damit das Einkommen vorübergehend gesichert werden. Mittelfristig sollten Ersatz- und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem sollten Projekte initiiert werden, die von gesellschaftlichem bzw. regionalem Interesse sind. Über die Beschäftigungsgesellschaften sollte die Qualifizierung gesichert werden. Finanziert werden sollten diese Gesellschaften durch öffentliche und Konzernmittel.[3] Größere Bedeutung erlangten diese Pläne und Vorschläge jedoch in den alten Bundesländern kaum.

Angesichts der drohenden Katastrophe in den neuen Bundesländern greifen nun Unternehmer, Gewerkschaften und Regierung auf dieses Mittel zurück.

Steinkühler nennt die Motivation : **„Kann sich jemand vorstellen, was es bedeuten würde, wenn 80% der Bevölkerung arbeitslos würden?" - „Natürlich ist die Frage: Was kostet das ? Wenn man die Leute entläßt, kann man ausrechnen, was das materiell kostet. Politisch wird es unbezahlbar und zwar für alle, für die Opposition genauso wie für die Regierung und die Gewerkschaften. Das gibt ein Chaos in unvorstellbarem Ausmaß."**[4]

D.h., die IG Metall setzt darauf, für eine Übergangszeit -bis zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen- die Arbeitslosigkeit sozial abzumildern. Es bleibt die Frage, ob in dieser Zeit durch den Aufbau der Produktion tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
Nach Steinkühlers Vorstellung kann ein Teil der Belegschaft durch die Beschäftigungsgesellschaften, die die Aufgabe haben Qualifikationsmaßnahmen durchzuführen und ABM zu organisieren, aufgefangen werden. „So können die Leute beschäftigt werden. Wenn der eigentliche Betrieb wieder schwarze Zahlen schreibt, kann er die Leute zum Teil übernehmen."[5]

Doch die Unternehmer gehen von ganz anderer Einschätzung aus. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Dr. Karl Molitor, erklärt schonungslos offen, wie er die Aussicht für die Arbeitnehmer sieht: **Eine Rückkehr der Arbeitnehmer in das Stammunternehmen sei möglich, „doch ist das eher Theorie. Es wird kaum eine solche Chance geben."**[6]

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung über die „Gesellschaft für Qualifizierung, Berufs- und Arbeitsförderung" in Eisenhüttenstadt, bei EKO-Stahl AG:
"Wenn nach Abschluß von ABM einschließlich der daran gebundenen Bildungsmaßnahmen keine dauerhafte Vermittlung erfolgen kann, wird eine Rückführung in die vorherigen Unternehmen bzw. in die Arbeitslosigkeit" erfolgen. Da ein umfangreicher Arbeitsplatzabbau bei EKO vorgesehen ist, wird für die Mehrzahl der Kollegen nur die „Rückführung in die Arbeitslosigkeit" bleiben.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Fritz-Heinz Himmelreich, fordert die „logische Sekunde" der Arbeitslosigkeit.[7] , d.h. die Arbeitnehmer werden bei dem Stammbetrieb entlassen und neu bei der Beschäftigungs- oder Auffanggesellschaft eingestellt. Dafür hat er gute Gründe. Die IG-Metall will, daß bei der Beschäftigungsgesellschaft das Arbeitsverhältnis mit dem Stammbetrieb weiterbesteht. Die Vorteile liegen auf der Hand: denn wenn die Arbeitnehmer im Stammbetrieb bleiben, bleiben sie im „Tarifverbund" mit den Arbeitnehmern im Stammbetrieb. Der Stammbetrieb hat weiterhin Fürsorgepflichten für die Arbeitnehmer in der Beschäftigungsgesellschaft. Sie sind auch weiter sozialplanpflichtig. [8]
Die Unternehmer lassen sich heute nur unter dem Gesichtspunkt auf die Beschäftigungs- bzw Auffanggesellschaften ein, daß eine allgemeine Massenentlassung in diesem Sommer unkontrollierbare soziale Explosionen provozieren könnte. Sie wollen die Entlassungswelle strecken und gleichzeitig die Arbeitnehmer, Kurzarbeiter, Arbeitnehmer in Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitnehmer in ABM, sowie Arbeitslose gegeneinander spalten.

Langfristig könnten die Unternehmer auf eine ganz andere "Lösung" hoffen, nämlich eine weitere Entrechtung der Arbeitnehmer. Das geht u.a. aus einer Erklärung des Direktors des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität zu Kiel hervor: **„Solange nicht jeder Bürger der alten DDR bereit ist, jede Arbeit zu jedem marktgerechten Lohn der Arbeitslosigkeit vorzuziehen, wird die wirtschaftliche Entwicklung durch diese Wirtschaftsgesinnung gebremst."**[9] Genau zu dieser Bereitschaft sollen die ArbeitnehmerInnen unter der Knute der Massenarbeitslosigkeit gebracht werden. Wo eine solche Entwicklung hinführen wird, dafür ist selbst die Zunahme der Kinderarbeit ein wichtiges Indiz.

Aber noch eine andere Rechnung wird aufgemacht. 70 Milliarden werden ungefähr die Beschäftigungsgesellschaften die Bundesanstalt für Arbeit kosten. „Übrigens wäre die Entlassung in die Arbeitslosigkeit ohne Beschäftigungsgesellschaften auch nicht billiger, nur würden dann die Arbeiten im öffentlichen Interesse nicht geleistet, das Arbeitslosengeld würde „verschenkt"." [10]
Wie ABM könnten die Beschäftigungsgesellschaften, in denen die Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen angestellt sind, z.B. zum Abbau fester Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst führen und den Städten helfen, ihre Sparhaushalte zu realisieren.
So gibt es das Beispiel des Bezirksbürgermeisters von Pankow. Er will KollegInnen aus der "Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft" als kostenlose Arbeitskräfte für kommunale

---

1 Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland 5/91 der Hans-Böckler-Stiftung, S.11
2 Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland 3/91 der Hans-Böckler-Stiftung, S.5
3 Harald Mattfeldt, Beschäftigungsplan statt Sozialplan in Sozialismus 6/88, S.43ff
4 Spiegel 18/91, S. 36ff
5 Spiegel 18/91, S.37
6 Handelsblatt 7.5.1991
7 Handelsblatt 18.4.1991
8 Handelsblatt, 2.5.1991
9 Handelsblatt 11.4.1991
10 Handelsblatt 13.5.1991

ÖTV-Kreisverwaltung Leipzig zum Städtischen Haushalt 1991

Am 12.06.91 soll nach dem Willen der Mehrheit der Fraktionen die Stadtverordnetenversammlung den Haushalt der Stadt Leipzig in einer Lesung verabschieden. Eine öffentliche Auseinandersetzung um diesen Haushalt in all seinen Teilen und Konsequenzen fand nicht statt. Die Bevölkerung und alle direkt Betroffenen wurden lediglich über die wichtigsten globalen Daten und einige Detail-Punkte informiert. Sie hatten keine Chance, in die politischen Entscheidungsfindung einbezogen zu werden.

Die Gewerkschaft ÖTV bedauert dies außerordentlich. Der Zeit- und Problemdruck, der auf dem Rat der Stadt und der Stadtverordnetenversammlung lastet, kann dies nicht legitimieren. Gerade in dieser Zeit des Umbruchs und einer zugespitzten Wirtschafts- und Haushaltskrise muß unseres Erachtens die Durchschaubarkeit kommunaler Entscheidungen und die Einbeziehung der Betroffenen Grundlage für den demokratischen Neuaufbau und die gemeinsame Überwindung der aktuellen Probleme sein.

Die ÖTV-Kreisverwaltung nimmt jedenfalls für sich in Anspruch, auch auf Grundlage der für uns unzureichenden Daten und Hintergrundinformationen, gegenüber den kommunalen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zum Haushalt Stellung zu beziehen.

Der Städtische Haushalt - Kürzungen ohne Ende?

Der jetzt vorliegende Entwurf für den Verwaltungshaushalt umfaßt ein Gesamt-Volumen von ca. 1,2 Mrd.DM. In diesem Ansatz war bereits eine Unterdeckung von 310 Mio. DM enthalten. Nach Beratungen des Hauptausschusses und der Dezernenten-Runde wurden aus diesem Ansatz nochmals 60 Mio. DM aus dem Zuschußbedarf gekürzt. (Parallel dazu wurden weitere Prüfungsaufträge zur Personalkostensenkung im Schulamt und bei der Berufsfeuerwehr erteilt.)

Die relativ stärksten Kürzungen im Zuschußbereich entfielen auf folgende Dezernate bzw. Ämter:

Städtische Polikliniken
28 % (von 21,4 Mio.DM Zuschußbed. 6,0 Mio.DM gekürzt)
Straßenbeleuchtung
20 % (von 20,0 Mio.DM " 4,0 Mio DM gekürzt)
Jugendfreizeiteinrichtungen
20 % (von 7,2 Mio.DM. " 1,5 Mio.DM gekürzt)
Sport-u.Bäderamt
17 % (von 36,0 Mio.DM. " 5,0 Mio.DM gekürzt)
Landesstraßen
15 % (von 35,0 Mio.DM " 5,0 Mio DM gekürzt)
Gesundheitsamt
14 % (von 35,0 Mio.DM " 5,0 Mio.DM gekürzt)
Kulturamt 13 % (von 105,0 Mio.DM " 14,0 Mio.DM gekürzt)
(...)

Die Folgen für die Betroffenen.

...Diese Kürzungen wirken in zweierlei Richtung negativ:

- Leistungs- und Personalkostenkürzungen schaden der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen: Mit dem Leiter des Stadtbeleuchtungsamtes sind wir der Meinung, daß bei Abschalten der Lichtsignalanlagen die Ordnung und Sicherheit auf den Leipziger Straßen nicht mehr gewährleistet ist. Gleiches läßt sich zur evtl. Einsparung bei der Berufsfeuerwehr sagen.
- Jede weitere Streichung in den Bereichen der medizinischen und sozialen Versorgung ist angesichts der sozialen Lage dieser Stadt nicht zu verantworten.
- Jede Kürzung im Bereich der Personalkosten, - sei es durch Personalabbau oder durch Kosteneinsparungen über vorübergehende Nicht-Besetzung von Stellen - verschärft die Situation auf dem Arbeitsmarkt und führt zu weiteren Mehrbelastungen vor allem in den Bereichen, wo jetzt bereits bei Stellenunterbesetzungen gearbeitet wird (z.B. bei der Feuerwehr, dem Friedhofs- und Bestattungsamt, bestimmten Bereichen des Jugendamtes, u.a.m.).

Unsere Konsequenzen

Die ÖTV-Kreisverwaltung bekräftigt angesichts dieser Ausgangssituation:

1. Wir werden uns mit allen Betroffenen allen Stellenabbau-Plänen widersetzen. Die Bekämfpung der Massenarbeitslosigkeit muß mit der Verteidigung der vorhandenen Arbeitsplätze beginnen. Im kommunalen Bereich gibt es zudem genügend Argumente für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.
2. Wir werden uns entschieden allen Versuchen entgegenstellen, durch die die Wahrung geltender Tarifverträge unterlaufen werden sollten. Deshalb treten wir mit Nachdruck ein für
- die korrekte tarifliche Eingruppierung aller Arbeiter und Angestellten,
- die Respektierung der manteltariflichen Regelungen v.a. in Bezug auf die Kündigungsfristen nach dem BAT-O bzw. dem BMTG-O, die nicht durch fadenscheinige Bezugnahme auf den „Einigungsvertrag" ausgehöhlt werden dürfen.
3. Wir werden nicht akzeptieren, daß durch die Einrichtung von ABM-Stellen bei der Stadtverwaltung die kommunalen Pflichtaufgaben erfüllt und damit Dauerarbeitsplätze abgebaut werden sollen.
Diese Gefahr sehen wir vor allem beim Grünflächen-, Stadtreinigungs-, Umweltschutz- und beim Sport- und Bäderamt.
Dieser Prozeß muß auch im Bereich der Einrichtungen für Behinderte und der Feierabend- und Pflegeheime gestoppt werden, wo über die Vergabe von Einrichtungen an freie Träger ohne Überleitungsverträge die Interessen der Kolleginnen und Kollegen massiv verletzt werden.
4. Wir fordern, daß bereits durchgeführte Privatisierungsmaßnahmen z.B. im Bereich der Schulreinigung überprüft und zurückgenommen werden. Es ist weder ökonomisch noch sozial gerechtfertigt, 9 Mio. DM aus dem Städtischen Haushalt für private Firmen auszugeben, die zum großen Teil eine ordnungsgemäße und auf Wartehaltung ausgerichtete Reinigung nicht gewährleisten und ihren Beschäftigten nur sozial ungesicherte Arbeitsplätze bieten.

Fortsetzung von vorheriger Seite:

Aufgaben einsetzen, z.B. bei der Umstellung von Heizungsanlagen auf Gas und Sanierung verseuchter Böden.

Anke Fuchs, bisherige Bundesgeschäftsführerin der SPD, forderte sogar, die Arbeit in den Beschäftigungsgesellschaften grundsätzlich für „zumutbar" zu erklären [1], d.h. die betroffenen Arbeitnehmer könnten eine Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft garnicht ablehnen. Damit würden sie über die Beschäftigungsgesellschaft zu einer Art „Zwangsarbeit" herangezogen.

Durch die Beschäftigungsgesellschaften werden weder neue Arbeitsplätze geschaffen, noch besteht für die Betroffenen eine reale Chance auf Rückkehr in den Stammbetrieb, da selbst bei einem Erhalt der Betriebe der drastische Arbeitsplatzabbau vorgesehen ist. Und die Politik der Bundesregierung und ihrer Treuhand ist es, keine neue Produktion aufzubauen.

Die Unternehmer hoffen darauf, über diesen Weg, die Entrechtung der bestehenden Arbeitsverhältnisse und die Aushöhlung der kollektiven Tarifverträge vorantreiben zu können.

G.Krupp

[1] Handelsblatt 9.5.1991

Der Leipziger Haushalt - ein Exempel für die Krise der ostdeutschen Kommunen

Die Haushaltsprobleme der Stadt Leipzig sind nicht hausgemacht. Sie sind Produkt politischer Entscheidungen, die in Bonn gefällt wurden und durch die die ostdeutschen Kommunen im Zeitraffer alle Probleme der Gemeindefinanzierung erleben, allerdings mit viel dramatischeren Auswirkungen als im Westen. Hierzu nur einige Zahlen aus dem „Gemeindefinanzbericht" zitiert nach „Der Städtetag", 2/01.

Die Gesamteinnahmen je Einwohner (Steuern, Zuweisungen und sonstige Einnahmen) betragen im Durchschnitt für die Kommunen im Westen DM 3.727,--, im Osten dagegen ca. DM 1.650,-- (=44 %), bei ungleich höherem Nachholbedarf an Sanierung und Infrastrukturmaßnahmen und Sozialhilfebelastungen.
Eine wesentliche Rolle dabei spielt die Tatsache, daß „sich der Bund den größten Teil des Aufkommens aus den zunächst ergiebigsten Steuerquellen, den Umsatz- und Verbrauchersteuern, gesichert" hat (o.a.S. 81).

Im Osten Deutschlands wird die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer aufgrund der ausstehenden Investitionen und der Einkommensentwicklung zu einem weiteren „Handicap".

Jedes Kind hat ein Recht auf einen Platz in einer Kindereinrichtung - für die Eltern bezahlbar

Im Landtag von NRW wird z.Z. ein Kindertagesstättengesetz beraten. Es geht um das Recht für jedes Kind auf einen Betreuungsplatz. Eine entsprechende Entscheidung erwartet die Bevölkerung von der SPD. Hier muß ein Signal gegen die Politik der sozialen Demontage durch die Regierung Kohl gesetzt werden: Die SPD hat die Verantwortung, z.B. über die neuen Bundesratsmehrheiten offensiv für eine Steuerpolitik einzutreten, die die Politik der Ausblutung der Städte und Gemeinden endlich stoppt. Eine solche Initiative kann zum Ausgangspunkt für eine Mobilisierung der Bevölkerung für den Rücktritt der Regierung Kohl werden; denn nur mit einer anderen Bundesregierung und einer anderen Politik können auch in den Ländern und Kommunen die sozialen Belange der Bevölkerung verteidigt werden. Eine Politik der SPD-Landesregierung, die die von der Regierung Kohl diktierte Politik in Form von Sparhaushalten an die Bevölkerung weiter gibt, verliert dagegen das Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Das drückt sich z.B. in den hohen Wahlenthaltungen aus. Deshalb kommt der Entscheidung der SPD im Landtag zum Kindertagesstättengesetz eine große Bedeutung zu. Wir werden auch in den nächsten „Briefen" die Diskussion in der SPD an Beispielen dokumentieren.

Köln: "Kein Platz für Kinder ?"

"Kein Platz für unsere Kinder" lautete das Thema einer Veranstaltung der AsF Köln-Buchheim am 28. Mai mit der SPD-Landtagsabgeordneten Marita Rauterkus. Ca. 20 Mütter, Erzieherinnen und Frauen aus dem SPD-Ortsverein nahmen an der Diskussion teil.
Es ging um folgende Schwerpunkte:

- "Der Entwurf eines neuen Kindertagesstättengesetzes der NRW-Landesregierung, nach dem es keinen Rechtsanspruch auf einen Platz geben soll. Die Elternbeiträge sollen in Zukunft erheblich angehoben werden - insbesondere bei den unter 3-jährigen Kindern und direkt von den Kommunen auch bei Einrichtungen freier Träger eingezogen werden. Mit den Elternbeiträgen soll in Zukunft ein größerer Anteil der Betriebskosten gedeckt werden. Für die geplanten erweiterten Öffnungszeiten ist nicht entsprechend mehr Personal vorgesehen;"

- Ein zweiter wichtiger Punkt der Diskussion waren die Auswirkungen der Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt auf die Kindertageseinrichtungen. Durch immer geringere Geldmittel für Spielmaterialien, Ausflüge etc. sowie den Personalmangel wird es immer weniger möglich, die Kinder nach pädagogischen Grundsätzen zu betreuen. So berichtete eine Mutter, daß oft tagelang eine Erzieherin mit 20 bis 25 Kindern allein in der Gruppe sei. In der Einrichtung, die ihre Kinder besuchen, würden täglich 55 Essen von den Kinderpflegerinnen zubereitet, die der Arbeit mit den Kindern dann stundenlang fernbleiben müßten.

- Als drittes Thema wurde über den Mangel an Plätzen gesprochen. Die AsF-Frauen haben anhand des Kölner Kindergartenplanes die Zahlen für ihren Stadtteil vorgetragen. Die Versorgungsquote wird bis 1994 auf einen Wert unter 55% absinken. Köln-Mülheim wird dann zu den schlechtversorgtesten Bezirken der Stadt gehören und trotzdem sind keinerlei Bauvorhaben geplant.

Wie konnte es zu dieser Situation kommen, was können die Verantwortlichen im Stadtrat und Landesparlament, was können wir selbst tun?

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, H. Lüttgen, hat in seiner Rede zur Haushaltssituation vor wenigen Tagen erklärt, unpopuläre Maßnahmen seien notwendig: "Null-Stellen-Plan, Gebührenerhöhungen bei Bädern, Volkshochschule etc. sind geplant, wie auch die Streichung aller freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt." Notwendig seien die Sparmaßnahmen insbesondere wegen zu erwartender Steuerausfälle sowie viel geringerer Zuweisungen des Landes, das seinerseits erheblich mehr Geld in die Bundeskasse abführen muß.

Anhand vieler Beispiele aus den "Briefen zur sozialen Einheit" konnte belegt werden, daß die Gelder, die als Sonderopfer in die neuen Bundesländer gehen, keineswegs den Bürgern zugute kommen, sondern vielmehr die Unternehmergewinne noch mehr in die Höhe treiben. Auch die Milliarden für den Golfkrieg wurden hier genannt. Aus diesen Gründen wollten viele der anwesenden Frauen dies als Begründung für die Sparmaßnahmen im Kita-Bereich nicht akzeptieren.

Marita Rauterkus bestätigte, daß die bisher gezahlten 13,4 Mrd. DM an Landesgeldern unkontrolliert von der Regierung Kohl eingesetzt würden. Sie hofft nun auf die Mehrheit im Bundesrat und hält eine massive und überzeugende Opposition gegen z.B. die Steuerpläne der Regierung Kohl für notwendig.

Als Ergebnis der Diskussion wurde festgehalten: Es kann nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein, die von der Regierung Kohl verantwortete Ausplünderung der öffentlichen Haushalte mit Gesetzen oder Verordnungen zu begleiten und festzuschreiben.

Marita Rauterkus erklärte sich bereit, die Kritikpunkte am neuen Kindertagesstättengesetz vorzubringen und über die Diskussion zu berichten. Sie will auf die Festlegung einer deutlich verbesserten Mindestversorgungsquote mit Plätzen dringen, sich für den Erhalt der Einrichtungen in "sozialen Brennpunkten" sowie für die Reduzierung der Gruppengrößen einsetzen. Hilfspersonal für Küche und Reinigung soll über die Betriebskosten finanziert werden. Das sollen grundsätzlich reguläre, versicherungspflichtige Arbeitsplätze sein.

Für die Verbesserung der Situation vor Ort erklärte die anwesende Bezirksvertreterin sich bereit, in der SPD-Fraktion im Stadtbezirk anzuregen, geeignete Grundstücke und Gebäude für die Einrichtung von Kitas ausfindig zu machen, damit die Versorgungsquote nicht noch weiter absinkt.

Anwesende Elternräte forderten die SPD-Vertreterinnen darüberhinaus auf, gegen die neue Aufnahmeordnung für die Kindertageseinrichtungen Stellung zu nehmen, da diese die pädagogische Arbeit gefährde und nur ein Instrument der Mangelverwaltung sei.

Die AsF will die Diskussion noch vor der Sommerpause fortsetzen.

Sachsen & Sachsen-Anhalt

Erzieherinnen, Eltern, Gewerkschaftsmitglieder rufen auf zu einer gemeinsamen Initiative!

Erhalt aller Kindertageseinrichtungen! Sicherung der Arbeitsplätze und sozialen Rechte der Beschäftigten!

Wir, Eltern, Erzieherinnen und Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Städten Sachsens und Sachsen-Anhalts stellen fest:

- mit dem Auslaufen der Bundeszuschüsse für die Kindertageseinrichtungen zum 30. Juni 1991 ist die materielle Grundlage dieser Einrichtungen massiv gefährdet, zahlreiche Kommunen planen die Schließung von Einrichtungen oder ihre Übergabe an „freie Träger";
- für die betroffenen Kollegen und Kolleginnen drohen damit Kündigungen bzw. die Überleitung in „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (ABM), durch die ihre unbefristeten Arbeitsverhältnisse und alle damit verbundenen Rechte erlöschen;
- ein Angebot an Kindertagesstättenplätzen, das jedem Kind einen wohnortnahen Platz garantiert, wird damit verringert. Kindern wird die Möglichkeit genommen, mit anderen Kindern gemeinsam aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Für die Eltern, vor allem die Frauen würde die Erwerbstätigkeit erschwert;
- die Einführung der - zum Teil sozial völlig untragbaren - Elternbeiträge einerseits, die Zahlung eines staatlichen Erziehungsgeldes bis zum 3. Lebensjahr des Kindes andererseits führen zu einem vorübergehenden Rückgang in der Belegung der Kinderkrippen und gefährden damit die Existenz dieser Einrichtungen;
- die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung fordert die Verankerung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, aber nicht auf einen Kinderkrippenplatz oder auf ganztägige Kinderbetreuung,
- mit der Existenz der Krippen und Horte steht die berufliche Existenz der dort tätigen Kolleginnen und Kollegen auf dem Spiel;
- die bisher nicht erfolgte staatliche Anerkennung als Erzieherin für die Krippenerzieherinnen durch die Landesregierung wird von vielen Kommunen und Trägern ausgenutzt, um die Kolleginnen als Kinderpflegerinnen statt als Erzieherinnen einzugruppieren. Damit wird das Berufsbild der Krippenerzieherin abgewertet.

Alle diese Pläne und Maßnahmen folgen einer politischen Linie:
Das Recht auf öffentliche Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersstufen soll eingeschränkt und das entsprechende Angebot abgebaut werden. Sie reihen sich damit ein in eine allgemeine Politik des „sozialen Kahlschlages". Den Frauen soll die Erwerbstätigkeit erschwert werden. Angesichts drohender hoher Arbeitslosigkeit sollen sie als erste zurück an Heim und Herd.

Doch dies wird von den Betroffenen nicht ohne Widerstand hingenommen. Die Beschäftigten in den Kindereinrichtungen haben sich in ihrer großen Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert. Überall, wo sie sich in Versammlungen, Gewerkschaftsgruppen oder Arbeitskreisen zusammengeschlossen haben und für ihre Forderungen aktiv geworden sind, zeigen sich erste Erfolge:
- in Leipzig mußten Kündigungen von Krippenerzieherinnen zurückgenommen werden, Dezernent und Jugendamtsleiterin gaben gegenüber den Personalräten die Zusage, bis zum 30. Juni 1991 keine Kündigungen auszusprechen;
- in Naumburg mußte eine bereits geschlossene Einrichtung nach massiven Protesten der Eltern und der Beschäftigten wieder eröffnet werden,
- in Chemnitz haben sich auf Einladung einer ÖTV-Betriebsgruppe mehr als 120 Kolleginnen versammelt, um gemeinsam ihre Forderungen durchzusetzen;
- in zahlreichen Kommunen und Einrichtungen widersetzten sich die Kolleginnen dem Abschluß von Auflösungsverträgen und damit der Umwandlung ihrer Dauerarbeitsverhältnisse in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Wir meinen, der Kampf für unsere gemeinsamen Ziele muß breiter und unsere Kraft zusammengefaßt werden durch eine vereinte Aktion für die Forderungen:
- Erhalt der Einrichtungen (Kinderkrippen, -gärten, -horte und -heime)! Sicherstellung ihrer Finanzierung über den 30. Juni 1991 hinaus durch einen 50%igen Bundeszuschuß für die Kosten!
- Recht auf ganztägige Betreuung und Erziehung für jedes Kind! Recht auf einen bezahlbaren Platz!
- Schluß mit allen Kündigungen! Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen! Kein Abbau von Dauerarbeitsplätzen durch den Einsatz von ABM!
- Anerkennung der beruflichen Abschlüsse und der Beschäftigungszeiten! Gleiche tarifliche Eingruppierung wie für die Kolleginnen und Kollegen im Westen!

In der zweiten Juni-Hälfte wird der DGB eine bundesweite Kampagne unter dem Motto „Kinder brauchen Kinder" durchführen. Daran wollen wir uns mit unseren Forderungen und Initiativen beteiligen. Im Landtagsplenum vom 19.6. bis 21.6.91 soll der Entwurf der sächsischen Landesregierung für ein Kindertagesstättengesetz in den Landtag eingebracht werden. Wir meinen, daß unsere Forderungen dort Stimme und Ausdruck finden müssen. Wir sehen in diesem Termin die Möglichkeit zu einer gemeinsamen landesweiten Initiative und Aktion.

Fortsetzung von Seite 1

Vom „Tschekisten" zum Beamten des BGS

Nun, das Jahr ist um und die Realität belehrt uns eines Besseren. Noch immer sind die alten Seilschaften bei Zoll und Grenzschutz tätig. Von 38 ehemaligen PKE-Angehörigen in Schönberg sind 13 noch im Dienst, jetzt in der Uniform des BGS. Zusätzlich wurden fast alle ehemaligen Grenzabschnittsposten (GAP) des alten Grenzkreises Oelsnitz übernommen. Der Erkenntnisstand von heute bestätigt, daß es zwischen MfS und GAP Verflechtungen gab, die uns an der Loyalität dieser Leute zweifeln lassen kann. Aus diesem Grund kann es einfach nicht toleriert werden, daß eben diese gleichen Leute in der Uniform des BGS ihren Dienst verrichten, bewaffnet, mit Befehlsgewalt, die Gleichen, welche unter Honecker ohne weiteres auf uns geschossen hätten, im Auftrag der Partei. Sogar ein ehemaliger Vernehmungsoffizier der PKE ist noch im Dienst. Die Krönung dieses Coups ist deren Übernahme in das Beamtentum, zwar vorerst auf Probe, aber man hat ja gelernt, den Mantel in den Wind zu hängen. Der Beratungsausschuß des Landrates zur Aufarbeitung stalinistischer Willkür wird sich mit allen Mitteln und Möglichkeiten dafür engagieren, daß Menschlichkeit, Demokratie und Gerechtigkeit, vor allem gegenüber den Opfern, durchgesetzt werden. Dies müßte auch im Interesse der Beamten des BGS in den alten Bundesländern sein, denn wenn einerseits ihre Reihen mit solchen Kräften verstärkt werden und andererseits zahlreiche Beamte in Bayern durch den Wegfall der innerdeutschen Grenze beschäftigungslos sind, dann muß es gestattet werden, an der Richtigkeit dieser Entscheidung zu zweifeln und daß die Öffentlichkeit sich nicht mit diesen Tatsachen abfindet. Auffällig ist auch, daß man in Schönberg keinen einzigen ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen findet, die bis Sommer 1990 dort ihren Dienst taten, obwohl sich auch diese für die Übernahme beworben haben. Vielleicht waren sie unliebsame Mitwisser der Machenschaften bei Zoll und PKE?

Im Zuge der Aufarbeitung und Analysierung der Vorgänge in Schönberg möchten wir uns an all jene Menschen wenden, welche Repressalien und anderem im Sinne der politischen Verfolgung ausgesetzt waren. Wir bitten Sie, die Betroffenen, uns Ihre Erlebnisse auch weiterhin mitzuteilen. Dies kann mündlich aber auch in Form von Gedächtnisprotokollen geschehen.

K.L.

Rundschreiben an alle Basisgruppen des Bündnis 90:

Protest wegen der Beschäftigung von 1115 Hauptamtliche Mitarbeiter der MfS beim Bundesgrenzschutz

An allen Grenzen zur CSFR und Polen stehen noch immer ca. 1115 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Hauptabteilung VI des MfS. Außerdem noch knapp 4000 ehemalige Grenzabschnittsposten (GAP), ehemalige Polizisten, ehemalige hochrangige Stabsoffiziere der Grenztruppen, und in der Grenzschutzdirektion Ost in Berlin vertreten ehemalige hohe SED-Funktionäre die Rechtsstaatlichkeit.

Die Zeit ist reif!

Durch vielfältige gezielte Aktionen am Grenzübergang Schönberg im Vogtland (u.s. Blockade in der Hauptverkehrszeit) haben wir erreicht, daß alle Beschäftigten mittels der personenbezogenen Unterlagen bei der Gauck-Behörde überprüft werden. Bisher ist das ein einmaliger Vorgang innerhalb des Bundesgrenzschutzes (BGS) und muß durch den Druck aus der Öffentlichkeit generelle Anwendung finden.
Die Beamtung der ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter (PKE) per 1.7.91 wurde bis auf weiteres ausgesetzt. Wir haben auch einigen Anklang bei den Medien gefunden. So wird z.B. „Klartext" demnächst eine Sendung zu diesem Thema bringen.
Im Vorfeld der abzuschließenden Überprüfungen wird es in Schönberg schon jetzt zu 20 Entlassungen kommen, ehemalige GAP und Polizisten haben laut eigenen Angaben für Festnahmen nach § 213 (Republikflucht) Prämien bis zu 300 Mark pro Festnahme erhalten, sogenannte Kopfgeldprämien, oder sie haben als IM gearbeitet. Da dies klare Verstöße gegen die Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit sind, gilt es als außerordentlicher Kündigungsgrund, lt. Aussage des Untersuchungsbeauftragten des BGS.
Schönberg ist noch ein Einzelfall.
Doch wir wollen eine generelle Lösung durchsetzen, für alle Beschäftigten im BGS-Ost, d.h. keine MfS-Leute und Seilschaften in neuen Uniformen.
Wir haben das Bundesinnenministerium schon auf die Problematik „eingestimmt" und brauchen jetzt Eure Unterstützung und die der breiten Öffentlichkeit.
Informiert Euch an den für Euch zutreffenden Grenzübergängen über die dortige Situation. Informiert die Medien und die örtliche Presse. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß an jedem Grenzübergang je ein Drittel MfS-Leute, GAP, Stabsoffiziere und Polizisten stehen.
Informiert die Öffentlichkeit und ruft zum Protest auf! Startet Aktionen, ähnlich wie in Schönberg.

Eure Proteste richtet Ihr an:

Bundesinnenministerium Dr. Wolfgang Schäuble W-5300 Bonn;
Untersuchungsbeauftragter des BGS, Herr Gerrit Knibbe, Grenzschutzamt Weil a. Rhein, Baslerstr. 5, PF 1468 W-7858 Weil am Rhein;
Grenzschutzdirektion des Bundes, Außenstelle Berlin Ost, Herr Krause, Leiter des Amtes E.-Schneller-Str., Berlin Ost

Informationen erhaltet Ihr unter folgender Adresse:
Karin Litzba, Lauterbacherstr. 8, 0-9921 Schönbrunn, Tel. 2595 Amt Oelsnitz/Vogtland Neues Forum Oelsnitz/V.

Stasi fühlt sich im Rechtsstaat geborgen!

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verlangt sehr viel Mut. Es gibt keine Paragraphen gegen SED-Moral oder Stasi-Terror. Wer aufrichtige Aufarbeitung der Vergangenheit verlangt, muß mit Drohungen, Denkzetteln, Anschlägen oder Verleumdungsklagen rechnen. Die Einschüchterungsmethode des SED-Regimes hat sich 40 Jahre bewährt und wird nach wie vor praktiziert.
Aber wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir wollen keine Rache oder Vergeltung. Wir wollen auch keine Ausgrenzung. Opfer und Täter sind Mitglieder der Gesellschaft und müssen miteinander auskommen. Deshalb erwarten wir einen ehrlichen Neuanfang, ohne Lügen und Vertuschung. Wir wollen wissen, wer sie sind, genauso wie wir wissen wollen, wie der Unterdrückungsapparat der SED funktionierte.
Teilen Sie uns mit, wie Sie über die Vergangenheitsbewältigung denken. Als Bürgerbewegung nehmen wir Ihre Meinung sehr ernst. Aber wir brauchen auch Ihre Solidarität in der schwierigen und gefährlichen Auseinandersetzung mit den alten Kräften, denen es im allgemeinen noch nicht gelingt, eine demokratische Grundhaltung einzunehmen.
Üben Sie Solidarität mit den Mutigen, die auch Ihre Interessen vertreten!

Bitte senden Sie Ihre Meinungen an:
Neues Forum Dresden, Maternistr. 17, 8010 Dresden, Tel. 4845 508

Veranstaltungskalender
Forum der BürgerInnen Interessen

18. Juni 19.30 Uhr:
Wann bekomme ich meine Stasi-Akte?
Leipzig, Demmeringstr. 31-33
Dr. jur. Thilo Weichert, MdL Michael Arnold (Bündnis 90)

19. Juni 19.30 Uhr:
Seilschaften in Aktion
Dresden, Sächs. Landtag, Holländische Straße
MdL M. Arnold (Bündnis 90), Dr. Lothar Messerschmidt (Treuhandanstalt), Belegschaftsvertreter

24. Juni 19.30 Uhr:
Wann bekomme ich meine Stasi-Akte (II)
Dresden, Sächs. Landtag, Holländische Str.

Impressum:

Die „Briefe zur sozialen Einheit" erscheinen 14-tägig.
Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die Unterzeichner verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.
Redaktionsadresse, Kontaktadressen und Bestelladressen:
Gotthard Krupp Sternstraße 50; W - 4000 Düsseldorf 30
Oliver Kloß, Saalfelderstr. 41, O- 7033 Leipzig

Mitteilungen können auch an folgende Fax-Nummern gesandt werden: Düsseldorf 0211 / 498 26 97; Dresden 48 55 307 mit Angabe: „bitte an Thomas Rudolph weiterleiten"

Der regelmäßige Bezug ist nur im Halbjahresabonnement möglich.
Preis des Einzelexemplars: 1.-- DM

Halbjahresabonnement in West:	16,-- DM (incl. Porto)
Halbjahresabonnement in Ost:	12,-- DM (incl. Porto)
Handabonnement in West:	8,-- DM
Handabonnement in Ost:	5,-- DM

Für Mehrfachbezieher (ab 5 Exemplare) gilt der Preis des Handabonnements.
Konto:
Gotthard Krupp, Kontonr.: 67009845, Stadtsparkasse Düsseldorf, BLZ 300 501 10
V.i.S.d.P.: G. Krupp, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

Nein zum erweiterten Einsatz deutscher Soldaten
- Mit dem Parteitag ist die Diskussion nicht beendet -

Die Regierung Kohl drängt zu einer Grundgesetz-Änderung, um den Weg frei zu machen für einen militärischen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebiets - wie z.B. im Golfkrieg. Mit dieser Politik integriert sie sich in das neue Nato-Konzept und den Aufbau einer neuen schnellen Eingreiftruppe.
Ein internes Arbeitspapier verrät, um welche Dimension es heute geht, nämlich durchaus um die Vorbereitung von Einsätzen in Osteuropa: Weil die "politischen Umbrüche in Ost- und Südeuropa" neue „Regional-, Nationalitäten- und Minderheitenkonflikte" auslösten, seien „multinationale Einsätze der Bundeswehr zur Begrenzung regionaler Krisen nicht auszuschließen". (Spiegel 3.6.1991)
Darauf gab der ostdeutsche Parteitagsdelegierte Thomas Krüger eine eindrucksvolle Antwort: er habe schon einmal auf dem „Marschgepäck nach Ungarn" gesessen. „Auch dort sollte angeblich der Friede gesichert werden".

In Deutschland ist das Volk gegen den Golf-Krieg auf die Straße gegangen. Viele erinnerten sich an den Schwur des deutschen Volkes von 1945: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen". Das deutsche Volk will nicht, daß deutsche Soldaten weltweit eingesetzt werden.
Das spiegelt sich in den zahlreichen Anträgen zum Parteitag, die in ihrer Mehrheit jede Grundgesetz-Änderung abgelehnt haben, sowie in den Beschlüssen der Bezirke Südhessen und Bayern oder des Landesparteitags von Schleswig-Holstein.
Diese Beschlüsse waren eine klare Absage an die Politik der Regierung Kohl. Es waren aber auch ein „Nein" zu der Position von Brandt und Bahr, die im Namen der „neuen Verantwortung" des „vereinten Deutschlands" für eine Verfassungsänderung eintreten, die die Beteiligung deutscher Soldaten auch an Militäraktionen der UNO zuläßt.
Schließlich wurde der Kompromiß-Antrag von Engholm, den auch Lafontaine entgegen seiner ursprünglich klaren Ablehnung jeder GG-Änderung unterstützte, mit 230 zu 179 Stimmen angenommen. Der Antrag befürwortet eine GG-Änderung zugunsten des Einsatzes deutscher Soldaten bei Blauhelm-Missionen. Dazu bedurfte es eines dramatischen Appells von Engholm und der Warnung von Schmude, daß eine Ablehnung des Antrags einer Absage an den neu gewählten Parteivorsitzenden gleich kommt.

Doch es bleibt die Sorge vieler Delegierten, daß damit ein „Tor aufgemacht wird für weitergehende Militäraktionen". Die Diskussion ist nicht beendet. Jeder Abgeordnete der SPD hat die Verantwortung, im Bundestag dem Vorstoß der Regierung Kohl und der Nato Einhalt zu gebieten.
Das verlangt eine klare Entscheidung:
-Nein zu jeder GG-Änderung für einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr, sei es unter UNO-Kommando oder im Rahmen einer europäischen Streitmacht;
-Nein zur schnellen Nato-Eingreiftruppe!
Die Abgeordneten können sich auf den Mehrheitswillen des deutschen Volkes stützen. Deshalb sollten sie als Mandatsträger zu Bürgerforen einladen und von deren Mandat getragen die antimilitaristische Position stärken.
Wir geben auf diesen Seiten ein Beispiel einer solchen Bürgerversammlung aus Frankfurt.

Veranstaltung des Frankfurter Komitees gegen den Krieg:

Gegen jede Grundgesetzänderung, die den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr verändert!

Ich habe die Beiträge in den "Briefen" gegen die Beteiligung von deutschen Soldaten an "Blauhelm"-Einsätzen der UNO aufmerksam verfolgt. Auch in Frankfurt haben sich SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen dagegen engagiert. So fand in Vorbereitung des SPD-Parteitages am 23. Mai 1991 eine Veranstaltung des "Komitees gegen den Krieg", das sich gegen den Golf-Krieg gebildet hatte, statt, an der die Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordneten Gudrun Schaich-Walch teilnahm.

Auf der Veranstaltung wurde die folgende Resolution an die Parteitagsdelegierten verabschiedet. *Lothar Ott*

Resolution

Gegen jede Grundgesetzänderung, die den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr verändert!
Der SPD-Parteitag in Bremen muß dazu eine klare Entscheidung treffen.
Der SPD-Parteitag steht vor einer historisch wichtigen Entscheidung:
- es geht nicht um die Frage, ob und wie die UNO reformiert werden kann,
- es geht nicht um Blauhelmeinsätze,
- es geht um die Entscheidung zwischen Krieg oder Frieden,
- zwischen friedlichem oder militärischem Engagement in der Welt.

Die Regierung Kohl hat deutlich gemacht, daß sie die Bundeswehr an künftigen Kriegen beteiligen will. Von Außenminister Genscher liegt ein Formulierungsvorschlag vor, in dem von „Kampfeinsätzen, die auf Entscheidungen des Weltsicherheitsrates beruhen", die Rede ist (Frankfurter Rundschau v. 23.5.91). Eine Beteiligung am Golfkrieg wäre durch eine solche Formulierung abgedeckt gewesen.

Für diese Pläne hat sie nur negative Argumente: „Deutschland kann keine Sonderrolle beanspruchen", „jetzt, wo wir die volle Souveränität haben, können wir uns nicht um unsere internationale Verantwortung drücken"....

Die Versammelten sind der Meinung: Gerade die volle Souveränität bedeutet, daß Deutschland frei und souverän darüber entscheiden kann, in welcher Form es sich international engagiert.
Die SPD hat in ihrem Grundsatzprogramm 1989 formuliert: „Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellosen Alternativen verlangen ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein,....Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe".
Auf dieser Grundlage muß sie ihre Entscheidung treffen.

Die Bevölkerung hat sich entschieden. Sie hat deutlich gemacht, daß sie keine Beteiligung deutscher Truppen an Kriegseinsätzen will. In den ersten 4 Monaten des Jahres 1991 haben z.B. bereits über 73.000 Wehrpflichtige den Wehrdienst verweigert, das sind so viel, wie im ganzen Jahr 1990.

Die Versammlung fordert deshalb die Delegierten beim SPD-Parteitag in Bremen auf, jede Grundgesetzänderung abzulehnen und damit den Plänen der Regierung Kohl endlich einen Riegel vorzuschieben.